

# Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 7/8

Berlin, den 20. Februar 1932

3. Jahrgang

## Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand

In den Kreisen der Nationalökonomien ringt sich mehr und mehr der Gedanke durch, daß die so schwer daniederliegende Volkswirtschaft durch die öffentliche Hand wieder in Gang gebracht werden muß.

In erster Linie wird daran gedacht, die schon bestehende öffentliche Wirtschaft durch stärkere Finanzierung stärker flott zu machen, und durch Ausbesserung der stark in Verfall geratenen Land- und Stadtstraßen, durch Anlage neuer Land-, vornehmlich Automobilstraßen, durch Um- und Neubauten der vielen zerrütteten alten und notwendigen neuen Fluß- und Kanalbrücken, durch Elektrifizierung der Eisenbahnen, durch Anlage von Staubecken und Talsperren usw. neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Gegen solche Pläne der öffentlichen Hand, besonders, wenn sie in eigener Regie ausgeführt werden sollen, kämpft der Privatkapitalismus mit voller Schärfe. Was scheren ihn Staat und Wirtschaft, wenn dabei sein Profit zum Teufel geht, und darum will er öffentliche Wirtschaft nur insoweit, als sie profitlos ist; Betriebe aber, die kapitalistische Gewinne abwerfen, gehören nach Privatwirtschaftslogik in die Hände der Industriefürsten. Das stärkere Anrennen dieser Herrschaften gegen die öffentliche Wirtschaft fürchtet auch Landrat Dr. Boden, der in einem ausführlichen Artikel über „Wirtschaftsnot und kommunale Betätigung der Landkreise“ in der „Zeitschrift für Selbstverwaltung“ unter anderem schreibt:

„Weit härter wird sich die Wirtschaftsnot auf die eigenen Unternehmungen und Betriebe der Kreise auswirken, und diese Befürchtung, die sich vielfach erst bei der nächsten Rechnungslegung in ihrem vollen Ausmaße als wahr herausstellen kann, wird die Vertreter der freien Wirtschaft gewiß vielerorts zu einem erneuten Vorstoß gegen jedwede Betätigung der öffentlichen Hand in unserem Wirtschaftsleben veranlassen. Man verkennet ja in der Öffentlichkeit viel zu sehr die geringe Bedeutung, die die wirtschaftlichen Betriebe für die Landkreise in ihrer Gesamtheit und im Verhältnis zu anderen Gemeinwesen besitzen. Nach den Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik aus dem Rechnungsjahr 1928/29, die Dr. Heymann zur Grundlage eines beachtenswerten Aufsatzes „Die Betriebs-einkünfte der Landkreise“ („Zeitschrift für Selbstverwaltung“ 1931 Heft 11) macht, stellt sich die Gesamtzahl der Betriebe aller Kreisverbände, wozu nicht nur die eigenen Betriebe, sondern auch die vergesellschafteten, verpachteten und konzessionierten sowie die Beteiligung an solchen Betrieben zählen, auf insgesamt 702. Davon dienen 42 Proz. der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung,

25 Proz. stellen Kreditunternehmungen, also Kreisparkassen und Banken dar, 15 Proz. sind Verkehrsunternehmungen und rund 6 Proz. land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Auf sonstige Betriebe entfallen nur 12 Proz. Diese letzteren Betriebe sind ihrer Art nach in den einzelnen Landesteilen recht verschieden. Wir finden Kanäle, Hafens, Talsperren, Schiffahrts- und Schleppbetriebe, Fähren, Werften, Torfwerke, Ziegeleien, Sägewerke, Lagerhäuser und wiederum Weinberge mit und ohne Weinvertrieb, Waschanstalten, Schmieden, Mühlen, Desinfektionsanstalten, Betriebe zur Verwertung landwirtschaftlicher

Produkte usw., fast alles Betriebe, von denen man wohl sagen kann, daß bei der inneren Verbundenheit ihrer Art mit den Aufgaben einer modernen Kommune ihre Aufnahme durch Landkreisverwaltungen wirklich keinen Eingriff in ein der freien Wirtschaft allein vorzubehaltendes Gebiet darstellt. In wie vielen dieser Fälle mag die Aufnahme des betreffenden Betriebes als unabwendbare Notwendigkeit zur Hebung der heimischen Wirtschaft und zum Nutzen der Kreisbevölkerung erfolgt sein, obwohl man sich von Anfang an klar war, daß es ein Zuschußbetrieb werden würde. Hierzu eine interessante Vergleichsziffer: Die Kreisbetriebe decken nur 1,6 Proz. des reinen Finanzbedarfs, während die Betriebe der Großstädte 9,1 Proz. decken. Ich bin aber der Auffassung, daß man gerade in Verfolg der Wirtschaftskrise unserer Zeit, wo alles auf das eine Ziel: Arbeitsbeschaffung hinwirken muß, nicht kleinlich sein sollte, insbesondere, wenn es sich um gemischt-wirtschaftliche Unter-

nehmen handelt, sei es, daß solche neu zu gründen sind oder, daß bestehende Privatwirtschaftsbetriebe durch Kapitalzuschüsse aus der öffentlichen Hand, soweit diese im Einzelfall hierzu noch in der Lage sein sollte, zu solchen gemacht werden. Die beiderseitigen Interessen sind viel zu gleichlaufend: Der Wirtschaftler bedarf der Arbeit, um das investierte Kapital verzinst zu sehen und den Unterhalt für sich und seine Arbeiterfamilie zu verdienen; jede Kommune wünscht den Betrieb der Wirtschaft, um einen Ausfall von Steuern zu vermeiden und durch die Derbienstlosigkeit der Arbeiter ein ständiges Anwachsen der Wohlfahrtslasten zu verhüten.“

Den letzteren Ausführungen wird man nur im Interesse schneller Arbeitsbeschaffung zustimmen können. Die öffentliche Hand muß aber die Kontrolle über solche Betriebe behalten und das Ziel ihrer Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung im Auge behalten. Unser weiteres Ziel ist der Sozialismus, der Wirtschaftskrisen mit ihren furchtbaren Arbeitslosennot unermöglicht macht. Auf dem Wege dahin sind öffentliche Betriebe wichtige Etappen.

G. R.

### An die Jungen!

Ihr Jungen,  
die ihr aus der Bitternis dieser Tage  
lebensgläubig die Herzen erhebt  
in das Licht unserer Sonne,  
werdet nicht müde durch das Unmaß an Leid.

Ihr Jungen,  
die ihr aufsteht gegen die menschliche Wirrsal  
gegen die Entbehrung und den Mangel,  
seltener Klugheit und sinnloser Sucht,  
seid stark in dem Sturm der Not, seid stark!

Ihr Jungen,  
die ihr gekommen seid als Kämpfer im ewigen Ringen,  
euch vertrauen wir für die Tage steigender Sonne,  
an euch geben wir das Ertrugene unserer Leben,  
in eure Hände legen wir alle Hoffnung des Kommenden.

Ihr Jungen,  
die ihr über die Häupter die Fahne der neuen Zeit  
und die Zeichen ewigen Aufruhrs entfaltet,  
schreitet hinweg über die Gräber des Vergangenen  
über die Hügel der Not zu den Höhen der letzten Freiheit.

Ihr Jungen,  
denn so lautet der Glaube der Väter und Vergessenen,  
gefallen im ehernen Kampf um die Rechte der Menschheit,  
als da sind Freiheit, Gerechtigkeit und die strahlende Schönheit.  
Opfer um Opfer bauen die Stufen zur letzten Vollendung!

Alfred Thieme

# Das kommunale Erwerbsvermögen 1929 - 1932

Aus nachfolgender Uebersicht ist im einzelnen zu ersehen, welche Ueberschüsse die Gemeindeverbände nach den Vermögensarten für das Rechnungsjahr 1929/30 abgeworfen haben.

Ueberschüsse und Zuschüsse der Gemeinden und Gemeindeverbände für das Rechnungsjahr 1929/30	Ueberschüsse			
	Beteiligte Körperschaften		Betrag	
	Zahl	in Proz. d. Körperschaften insgesamt	in 1000 Mark	Proz.
Elektrizitätsversorgung . . . . .	5 452	10,4	290 158	38,3
Gasversorgung . . . . .	1 040	2,0	120 345	15,9
Wasserversorgung . . . . .	5 429	10,4	71 403	9,4
Verkehrsunternehmungen . . . . .	320	0,6	22 181	2,9
Kreditunternehmungen . . . . .	1 012	1,9	16 620	2,2
Schlacht- und Viehhöfe . . . . .	540	1,0	7 703	1,0
Land- u. forstwirtschaftl. Betriebe . . . . .	8 423	16,1	59 430	7,8
Sonstige Betriebe . . . . .	1 787	3,4	8 649	1,1
<b>Betriebsvermögen insgesamt . . . . .</b>			<b>596 489</b>	<b>78,6</b>
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	30 493	58,3	85 366	11,3
Allgemeines Kapitalvermögen . . . . .	15 871	30,4	76 514	10,1
<b>Erwerbsvermögen insgesamt . . . . .</b>			<b>758 369</b>	<b>100</b>

Das kommunale Erwerbsvermögen, also die Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke, Verkehrsunternehmungen u. a., stellen für die Gemeinden und Gemeindeverbände oft eine bedeutungsvolle Einnahmequelle dar. So sind den Gemeinden im Rechnungsjahre 1929/30 aus der Bewirtschaftung des gesamten Erwerbsvermögens Ueberschüsse in Höhe von 636,7 Millionen Mark zugeflossen. An diesem Gesamtbetrag sind 32 343 Gemeinden und 703 Gemeindeverbände, also mehr als drei Fünftel sämtlicher kommunaler Körperschaften beteiligt. Der durchschnittliche Kopfbeitrag dieser Ueberschüsse beträgt 11,73 Mk. Ein Vergleich der einzelnen Gemeindegößenklassen zeigt, daß sich die Rentabilität dieser Betriebe mit der Einwohnerzahl erhöht. In Großstädten sind die Erwerbsüberschüsse mit durchschnittlich 17,44 je Kopf der Bevölkerung am bedeutendsten. — Es entspricht dem Grundgesetz erwerbswirtschaftlicher Nutzung, daß die kommunalen Erwerbsvermögen Ueberschüsse für den Ausgleich des kommunalen Haushalts abwerfen. Trotzdem gibt es auch eine Anzahl von kommunalen Körperschaften, deren Erwerbsvermögen statt mit einem Ueberschuß, mit einem Zuschuß abschließt. Für das Rechnungsjahr 1929/30 sind insgesamt 8384 Gemeinden und Gemeindeverbände ermittelt worden, deren Erwerbsvermögen Zuschüsse erfordert hat. Die Summe dieser Zuschüsse ist jedoch mit 25,6 Millionen Mark im Verhältnis zur Summe der Ueberschüsse gering.

Rechnet man die für die einzelnen Körperschaften ermittelten Ueberschüsse und Zuschüsse des Erwerbsvermögens gegeneinander auf, so entsteht 1929/30 ein Reinüberschuß von 611,0 Millionen Mark gegenüber 620,6 Millionen Mark für das Vorjahr und 522,6 Millionen Mark für 1927/28. Der Rückgang gegenüber 1928/29 geht zu Lasten der Gemeinden, deren Reinüberschüsse sich gegenüber dem Vorjahr um 17,2 Millionen Mark vermindert haben, während der Reinüberschuß der Gemeindeverbände um 7,6 Millionen Mark gestiegen ist. Der Anteil des gesamten Reinüberschusses an der Deckung des kommunalen Zuschußbedarfs beträgt 1929/30 11,3 Proz. gegenüber 12,0 Proz. im Vorjahre. Er ist etwas zurückgegangen.

Wenn man die Zuschüsse für diese Betriebe von den Ueberschüssen in Abzug bringt, so ergeben sich die reinen Ueberschüsse. Diese haben in den Jahren 1928 bis 1930 folgende Entwicklung genommen:

Reinüberschüsse	1928/29	1929/30
	in 1000 Mark	
Elektrizitätsversorgung . . . . .	266 750	287 053
Gasversorgung . . . . .	113 841	119 049
Wasserversorgung . . . . .	49 886	53 806
Verkehrsunternehmungen . . . . .	44 009	9 220
Kreditunternehmungen . . . . .	6 258	12 158
Schlacht- und Viehhöfe . . . . .	6 408	5 850
Sonstige Betriebe . . . . .	7 118	5 014
<b>Betriebsvermögen insgesamt<sup>1)</sup> . . . . .</b>	<b>480 034</b>	<b>482 122</b>
Allgemeines Grundvermögen <sup>2)</sup> . . . . .	100 455	73 779
Allgemeines Kapitalvermögen . . . . .	40 083	55 105
<b>Erwerbsvermögen insgesamt . . . . .</b>	<b>620 572</b>	<b>611 006</b>

<sup>1)</sup> Ohne land- und forstwirtschaftliche Betriebe  
<sup>2)</sup> Einschließlich land- und forstwirtschaftliche Betriebe

Als Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise dürfte im Reintrag des kommunalen Erwerbsvermögens bis heute einige Rückgänge erfahren haben. Nach ziemlich genauen Schätzungen ist aber immerhin noch damit zu rechnen, daß sich die Reinüberschüsse des gesamten kommunalerwerbsvermögens für das Rechnungsjahr 1930/31 auf rund 590 Millionen Mark und für 1931/32 auf rund 555 Millionen Mark belaufen. Aus dieser Verbindung der kommunalen Betriebe mit den kommunalen Etats ergeben sich ohne weiteres die Schwierigkeiten, die den Gemeinden, sofern diese Erwerbsunternehmungen auch in Zukunft zur Finanzierung herangezogen werden, einer Senkung der Tarife dieser Betriebe entgegenstehen. Jede Senkung ist nämlich zwangsläufig mit Etatsdefiziten verbunden, die dann durch neue Einsparungen bzw. Steuern wieder gedeckt werden müssen. B e k o.

## Straßenkehrer in Sevilla

Hier sind wir in Andalusien. Der Himmel ist blau — die Wolken wandern weiß, — in Sevillas Gärten blühen die Rosen und die Nelken — grün der Lorbeer — gelb die Zitronen — rot die Orangen — hoch die Zypressen — und ruhig und majestätisch rollt der große Strom seine Wogen: der Guadalquivir, herab vom Mohrengebirge und vom Gebirge La Sagra. Spanien. Andalusien. Hauptstadt Sevilla. Winter. Sonne. Wärme. Und das Höchste von allem: Freiheit. Si Senjore, wir sind frei: Spaniens Volk! Fort die Könige, fort die Diktatoren — von allen Türmen und Toren Sevillas wehen die Banner der Republik: Rotgelbviolett, rot der Sozialismus, gelb die Sonne, violett die Delikien. Ja, das Leben ist schön, in Freiheit.

Und wir sind die Garde von Sevilla, wir: die Straßensoldaten, alle neu eingekleidet — wir Reiniger von Sevilla, die Straßensäuberer. Unsere Hinten sind die Besen, diekehrmaschinen sind unsere Kanonen und die Sprengwagen sind unsere Flammenwerfer. In den einst königlichen Geschützwerken von Sevilla ist die Arbeit umgestellt, Spanien giebt keine Kanonen mehr, wir bauen Maschinen. Fortgesetzt die alte Zeit, fortgekehrt den falschen gewalttätigen Nationalismus, fort Adel und Pfaffenherrschaft — hoch die Demokratie, das Volk herrscht in Spanien. Und wir sind die Straßenkehrer — schultert den Besen, ausmarschiert — Sevilla ist sauber, Tag für Tag kehren wir Sevillas 50 große öffentliche Plätze, und wir waschen sie: mit dem Wasser aus dem altrömischen Aquädukt, der mit seinen 410 hohen braunen Bogen noch ein Denkmal aus altrömischer Zeit ist. Anno 45 v. Chr. ward Sevilla von Julius Cäsar für das Weltreich Rom erobert.

Aber Sevilla war schon alt, als Cäsar durch die Stadttore

mit seinen stählernen Legionen einmarschierte. Sevilla war schon die Hauptstadt des alten Phönizierreichs Tartessus. Rom fand in Sevilla schon uralte Kultur, es baute darauf auf. Es nannte die neue Provinz: Baetia, Sevilla war die Hauptstadt. Provincia Baetia, am großen gelben Strom, der hundert Kilometer abwärts ins tiefatmende Meer mündet, in den Atlantischen Ozean, dessen Flutwellen bis oberhalb Sevillas hinaufgreifen. Sevilla ist Seehafen. War immer Seehafen. Von Sevilla aus zog Kolumbus mit seinen Karavellen los: Indien von Westen her zu befahren — und er fand das neue Indien: Amerika! Die Silber- und Goldflotten aus dem neuen Indien brachten ihre Schätze nach Sevilla: dort, schaut hin, am Uferquai des Stromes Guadalquivir steht noch der alte stämmige Torre del Oro, der Goldturm, der die Schätze der Inkas und der Azteken barg. Gold und Silber — Spaniens Befruchtung — aber auch Spaniens Untergang. Reichtum, Leppigkeit, Wohlleben, Derfall! Nur die Arbeit hält das Leben schön, jung und gesund — Arbeit hält die Seele sauber und klar — Besen angelegt: laßt uns kehren: die alten arabischen Stadtgassen von Sevilla, die Winkelgassen — Wasser her, Besen angelegt: wir säubern! Unsere Genossen sitzen in den Parlamenten, in Madrid und in den Rathäusern. Auf der Casa del Ayuntamiento weht die rote Kirchscheide, auf dem Gemeindehaus von Sevilla! Und die freie rote Stadtgemeinde hat für ihre Gemeindeglieder gesorgt — wir sind funkelnagelneu eingekleidet, in Blau und Silber — und der Lohn ward herausgeholt und die Arbeitszeit durch Gesetz von Madrid auf acht Stunden herabgesetzt. Unser freies Spanien!

Wir haben viel gewonnen, alles haben wir gewonnen: Die Freiheit. Da ist nichts Höheres auf der Welt. Und unseren Sieg über die Monarchie verdanken wir unserer Disziplin

## Schlimme Zustände in dem naziverseuchten Staatsprüfamt Ilmenau

Haarsträubende Zustände herrschen im thüringischen Staatsprüfamt Ilmenau. Der Direktor ist eingeschriebenes Mitglied der Nazi-Partei und die dort Beschäftigten sind zum großen Teil ebenfalls Nationalsozialisten. In einem solchen Betriebe ist es natürlich für einen freigewerkschaftlich und politisch anders organisierten Arbeiter sehr schwer, sich zu halten. Noch viel schwerer sind aber Werbearbeiten für Gewerkschaft und SPD zu leisten, zumal die Fürsorge des Nazidirektors für seine Arbeiter so weit geht, daß er seinen halbwüchsigen Sohn mit nationalsozialistischen Zeitungen in den Betrieb schickt, um die Arbeitnehmer während der Pausen mit geistiger Nahrung zu versorgen. Im vorigen Jahre machte sich, nach Angaben des Direktors, die Entlassung eines Arbeiters notwendig. Ausgerechnet fiel die Wahl auf einen der fünf freigewerkschaftlich organisierten. Da er auf Veranlassung der Direktion eine umfangreiche Ausbildung als Mechaniker, Kraftfahrer und sowohl als Heizer genommen hatte und daher seine Entlassung zum Schaden des Betriebes gewesen wäre, außerdem aber auch der Verdacht gerechtfertigt war, daß die Entlassung wegen der Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft und zur SPD erfolgte, strengte er mit Hilfe des Gesamt-Verbandes Klage beim Arbeitsgericht an, das dem Kollegen zu seinem vollen Rechte verhalf. Auf Grund des Urteiles des Arbeitsgerichtes Apolda ordnete daher das thüringische Ministerium die Weiterbeschäftigung unseres Kollegen an. Dieser war sich darüber klar, daß man nunmehr mit allen Schikanen versuchen würde, ihn aus dem Betriebe herauszubringen, weil die Verhandlungen ein besonderes Licht auf die parteipolitisch eingestellte Leitung des Staatsprüfamtes warf. Am zweiten Tage nach seiner Wiederstellung wurde dem Kollegen abermals das Arbeitsverhältnis aufgekündigt, und um den Schein des Gerechten zu erwecken, wurde der Nazi Heinemann mitgekündigt. Dieser Heinemann, dessen Familienverhältnisse im Termin zur Sprache gekommen waren, griff am ersten Tage, an dem unser Kollege wieder arbeitete, diesen tätlich an und drohte ihm mit Erstickchen. Dieser Vorfall ist der Direktion sofort zur Kenntnis gegeben worden, es fand jedoch keine fristlose Entlassung des mordgierigen Nazis statt. Anscheinend wollte der Herr Direktor seinem Schäfschen nichts zuleide tun.

Gegen Heinemann wurde Anzeige erstattet, worauf er zu 30 Mk. Strafe oder zehn Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig geworden, aber Heinemann ist auch im Staatsprüfamt wieder eingestelt worden, während unser Verbandskollege draußen blieb. Obwohl der thüringischen Regierung die Zustände in Ilmenau zumindest durch die letzten Gerichtsverhandlungen bekannt ge-

worden sind, hat sie keine Ordnung geschaffen. Es gewinnt vielmehr den Anschein, als ob man auch heute noch nach Fricks Methoden regiert. Inzwischen dürfte aber die innere Verbundenheit der Arbeitnehmer des Staatsprüfamtes mit ihrem Nazidirektor einen Knacks erhalten haben, denn er hat ihnen einen Revers vorgelegt, laut dem der Lohn um 10 bis 20 Proz. gesenkt worden ist.

Wir hoffen, daß durch diese Methoden auch die verbissensten Nazioten im Betriebe helläugiger werden und dann im Staatsprüfamt wieder vernünftige Verhältnisse eintreten. C. M.

## Landstraßenwärter

Landstraßen- und Chausseewärter sind keine Saisonarbeiter. Sie haben demzufolge Anspruch auf die volle Arbeitslosenunterstützung. Der Spruchauschuß des Oberversicherungsamtes Hannover fällt folgenden Entscheidung:

Unter Abänderung der Entscheidung des Spruchauschusses bei dem Arbeitsamt Hameln vom 20. November 1931 ist dem Berufungsfläger die Arbeitslosenunterstützung, soweit die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, ohne Einbeziehung in die Sonderfürsorge, zu gewähren.

Entscheidungsgründe: Der Entscheidung des Spruchauschusses beim Arbeitsamt Hameln konnte im vorliegenden Falle nicht beigetreten werden. Streitig ist, ob der Landstraßenarbeiter Brümmer unter die Bestimmungen der Verordnung über die betriebsübliche Arbeitslosigkeit fällt. Nach der Auffassung der Spruchkammer ist das nicht der Fall. Der Antragsteller fällt zwar unter den im Betriebsverzeichnis aufgeführten Begriff der Straßenunterhaltung. In dem Berufsverzeichnis sind aber die Landstraßenwärter oder andere Straßenunterhaltungsarbeiter nicht aufgeführt. Die sogenannten Chaussee- oder Landstraßenwärter können nach der Auffassung der Spruchkammer nicht als Saisonarbeiter angesehen werden. Ihnen ist eine bestimmte Chausseestrecke dauernd überwiesen worden, an der sie Wasserpfützen beseitigen, Gräben und Bankette räumen, Obstbäume beschneiden usw. Ihre Tätigkeit beschränkt sich keineswegs nur auf die Sommermonate, sondern sie sind auch in den Wintermonaten tätig. Sie unterscheiden sich durch ihre ständige Beschäftigung von denjenigen Arbeitern, die bei der Umpflasterung von Straßen oder Neufüllung von Chausseestrecken vorübergehend angenommen werden. Während die letzteren Arbeiter von den Tiefbauunternehmern angenommen werden, sind die Landstraßenwärter von den Gemeinden, Kreisen oder Provinzen angestellt. Auch der Antragsteller ist nach der Bescheinigung des Bauamtes Holzminden als ständiger Arbeiter beschäftigt gewesen, und zwar vom 1. April 1927 bis 29. August 1931. Bei dieser Sachlage konnte der Antragsteller weder auf Grund der tatsächlichen Arbeitsverhältnisse, noch auf Grund der Bestimmungen der Verordnung über die betriebsübliche Arbeitslosigkeit den Saisonarbeitern gleichgestellt werden.

und unserer guten Organisation — wir haben mit unserer Revolution kein Blut vergossen — wir haben Wasser vergossen: gewaschen, gesäubert haben wir, Spanien und Sevilla und Andalusien sind blutgeblank! Die Organisationen: Gemeindearbeiter und Staatsarbeiter — im großen Verband der spanischen freien Gewerkschaften: sie alle waren die Träger und Kämpfer der sozialistischen Idee, sie haben das alte Spanien auf den Rücken gelegt — diese alte königliche Schildkröte, die nicht mehr vorwärts kam. Heute läuft Spanien wie eine stolze Antilope — hin zum großen Weltentzweck: zu den Völkerstaaten eines geeinten proletarischen Europas! Sevilla, wir Straßenkehrer gehören mit zur Arbeiterinternationale — Besen sind Flinten, wir schießen alle Raben aus der freien Luft ab. Vive la libertad!

Sevilla in Andalusien. Sonne. Himmelblau. Warmer Wind von Afrika. Feigenbäume und Palmen, wie der Wind hineinrauscht — schön, schön.

Sevilla. Phönizier. Römer. Aber Rom hielt nicht ewig — es starb an seinem Sklaventum. Um 450 n. Chr. wellen wilde Barbarenvölker über die römisch-spanische Provinz Baetia: die Dandalen — sie zerstören und tyrannisieren: nach ihnen heißt das Land am Guadaquivir: Andalusien, Dandalia, ein neues junggermanisches Königreich. Es dauerte nicht lange, es ward gestürzt von den anderen Germanen: den Westgoten. Die blieben bis Anno 711. Da kommen aus Syrien die Araber — sie brachten neue Kultur, neue Religion und Wissenschaft und Kunst, unter arabischer Herrschaft hatte Andalusien mit Sevilla die Zeit seiner allerhöchsten Blüte. Der Araber war gerecht, sanft und klug — Seine Kultur war Gleichsinn. Die Christen zerstörten alles — aus war es mit Freigeist und Wissenschaft. 1250 ward Andalusien „christlich“ unter der Herrschaft Kastiliens. Feuer, Schwert, Inquisition — noch tragen die Plätze Sevillas die letzten Spuren

der „christlichen“ Scheiterhaufen, Kezerfeuer — Wasser her: wir säubern, Freigeister von Sevilla, wir sozialistischen Straßenkehrer! Laut läutet La Giralda, Freiheitsgesang.

La Giralda, das Wahrzeichen alter arabischer Kultur, einst arabisches Minarett, der Turm — jetzt Torre Libertad, Freiheits-turm, 115 Meter hoch, 22 Glocken.

Nebenan die Kathedrale, drinnen das Grabmal des Kolumbus, 83 einsame Altäre — und die reichen Gemälde des Murillos, Spaniens größtem Maler. Er hat auch sein Denkmal in Sevilla, der Kamerad Murillo, unter Palmen, Denkmal aus Bronze, Silber-tauben fliegen drum herum.

Sevilla. Heute — eine Viertelmillion Einwohner. Seehafen und Lufthafen. Flüge nach Südamerika. Dampferlinien nach London, Hamburg, Oslo und Stockholm. Sevillas Import: Holz aus Skandinavien, Kohle aus England, Maschinen aus Deutschland. Sevillas Export: Olivenöl, Südfrüchte, Wein, Kork, Erz — für Rotterdam und die Ruhr, Westfalen — für Erz kommen Maschinen zurück. Elektrizität!

Sevilla. Seine Industrie: Tabak, Glas, Porzellan, Schokolade, Seide. Die Provinz — fruchtbar: Weizenboden, Wein, Oliven, Feigen. Und im Hochland die Viehzucht — Rinder, Pferde, Schafe.

Sevilla. Heute kehren wir jenseits des Stromes Guadalquivir, im Arbeiterviertel Triana — kehre, säubere, Besen! Wasser durch die Gassen. Aber hier kommen die Mädels durch die Gassen — die tausend Carmens, die feurigen Töchter aus den staatlichen Tabakfabriken — Kastagnetten und Gitarren, vorm Wirtshaus, am Palmbaum — schnell, stellt die Besen hin — Musik, Geklimper, Geklapper — schnell ein Tänzchen: Carmen will fliegen, der Feuergeist Andalusiens — lustig, immer links rum: die Freiheit! Schönes Sevilla. Mag Dortu.

# GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

## Wieder eine üble gelbe Blüte

Am Donnerstag, dem 21. Januar 1932, wurden die in den Gärtnereien Erfurts beschäftigten Arbeitnehmer durch Flugblatt zu einer Versammlung geladen, in der ein Dr. Förster aus Berlin und ein „Kamerad Riefler“ über „Die Zukunft des deutschen Gartenbaus“ referieren sollten. Die Veranstalter selbst hatten es unterlassen, ihre Namen unter die Einladung zu setzen, so daß keiner der Versammlungsbesucher zunächst wußte, von welcher Seite aus die Zukunft des deutschen Gartenbaus beleuchtet werden sollte.

Doch der Zweifel währte nicht lange, denn es erschien Gustav Schmidt, der ehemalige Häuptling der gelben Werkvereine Erfurts. Gustav, dessen Geisteskräfte im umgekehrten Verhältnis zu seinem Gardemaß stehen, teilt 15 Zuhörern mit, daß die Versammlung einberufen worden sei vom „berufsständigen Arbeiterbund“, gemeint ist der Reichslandarbeiterbund. Gustav Schmidt ist also um noch eine Schattierung gelber geworden, nachdem man ihn wegen allzu großer Unfähigkeit und seiner noblen Passionen im gelben Werkverein nicht mehr gebrauchen konnte; er ist also beim Reichslandarbeiterbund gelandet und versucht nun, seine früheren Schäfchen nach dort hinüberzuziehen. Als diese Jammeregestalt mitteilte, Dr. Förster habe nicht erscheinen können, weil er dringende Lohnverhandlungen zu führen habe und „Kamerad Riefler“ werde über „Die Zukunft des deutschen Gartenbaus“ referieren, wurde der Menschheit ganzer Jammer noch offener, denn Riefler ist ebenfalls eine ganz unglückliche Figur. Bis vor wenigen Tagen war er noch als junger Mann für den Gärtnernachweis des großen Franz Behrens im christlichen Landarbeiterverband tätig und ist ganz plötzlich da ausgerückt.

Wenn er nun erklärte, das Thema sei äußerst unglücklich gewählt, so hatte er insofern das richtige Gefühl, daß er gewiß nicht dazu berufen ist, über die Zukunft zu entscheiden. Er faßte sich aber schnell und sagte, es sei ja eigentlich gar nicht viel zu sagen über dieses Thema. Früher seien die Gärtnereien Luxus gewesen, doch heute würden Obst und Gemüse als Lebensmittel betrachtet und hätten daher eine gewisse Bedeutung in der Volkswirtschaft erlangt. Da das Wort Volkswirtschaft für ihn anscheinend ein unerbauter Begriff war, erklärte er im gleichen Atemzuge, aber wir wollen hier keine Volkswirtschaft treiben, sondern wir wollen nur unsere Gewerkschaftsbewegung vorwärtsbringen. Die freien Gewerkschaften sind am Ende ihrer Kunst. Sie haben einen großen Verwaltungsapparat und gutbezahlte Sekretäre, auch ihre Versammlungen sind gut besucht, aber letzten Endes ist das alles Bluff. Der BbA. (Bund berufsständiger Arbeiter) kenne nur ehrenamtliche Tätigkeit seiner Mitglieder. In Berlin sei jetzt die Fachgruppe Gärtnerei, Landschaft und Friedhof gegründet. Man habe sich bei der Wahl dieses Namens an das Vorbild des Gesamt-Verbandes angelehnt. Man habe auch eine eigene Fachzeitschrift „Die Gartenflora“, in der aus anderen Zeitungen zusammengestellte Artikel erscheinen. Hoffentlich hat der „Kamerad Riefler“ kein Unglück mit seiner „Gartenflora“, daß man ihn rechtlich belangt. Als nun der Referent merkte, daß er durch seine Ausführungen ein lebhaftes Erstaunen der Erschienenen bewirkt hatte, erklärte er ganz kurz, wozu soll ich noch länger reden, das Nötige könnte überhaupt in der Diskussion viel schöner behandelt werden, und nach genau sieben Minuten setzte er sich wieder hin. Nach diesem völligen Versagen Rieflers wollen wir es dem armen Teufel ersparen, seinen sonst noch verzapften Unsinn dem Gelächter der Mitwelt preiszugeben.

Den jammervollen Eindruck des Berliner „Kamerads“ zu verweisen, trat dann der lange Gustav nochmals auf, um mit unnötigem Stimmenaufwand mitzuteilen, daß der Reichslandarbeiterbund in Erfurt bereits eine Gärtnerfachgruppe gegründet habe, nur habe sich leider noch kein Leiter für diese gefunden. Dennoch will man am „Ausbau des Leistungslohnes“ mitwirken und versuchen, am 30. April in ein Tarifverhältnis zu kommen. Doch diese Lockungen waren ohne Erfolg, eine Grabesruhe herrschte. Es zeigte sich keine Neigung, die Mitgliedschaft dieses neuen gelben Vereins zu erwerben. Soweit der Bericht über diese Versammlung.

Daß alle gelben Sprößlinge vor allem in Erfurt versuchen, zum Blühen und Gedeihen zu gelangen, ist auf die große Mühe zurückzuführen, die sich der sattfam bekannte Dr. K i n n e gegeben hat, um eine willfähige Tarifvertragspartei und Konkurrenz den freien Gewerkschaften gegenüber zu schaffen. Er ist so kläglich gescheitert, wie sein Werkzeug Gustav Schmidt versagt hat.

Wenn auch einzelne Firmen die Beiträge für zwangsläufig gewordene Mitglieder zum Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine bezahlen, so war dessen Kasse eine ständige Pleite. Schmidt, den man auf seinen Dienststreifen fast stets in Damenbegleitung sah, hat jedenfalls so hohe Reisespesen benötigt, daß der Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine ihn eines Tages wegen Mangels an Mitteln verabschieden mußte. Damit war der vaterländische Spuk nach einigen Monaten verflohen.

Das jetzige Auftreten des „Berufsständigen Arbeiterbundes“ stellt sich deutlich als Fortsetzung der Versuche gewisser Personen dar, die sich auf Kosten jener, die nicht alle werden, zu bereichern suchen. Auch der neue Laden Gustav Schmidts wird hier in Erfurt bald seine Pleite erleben. Die Arbeitnehmer der gärtnerischen Betriebe Erfurts haben erkannt, daß nur in der Fachgruppe Gärtnerei, Park, Friedhof des Gesamt-Verbandes ihre Interessenvertretung in den rechten Händen liegt.

K. M.

In Ergänzung dieses Berichtes aus Erfurt sei noch mitgeteilt, daß der nun reingelb gewordene „Kamerad“ Otto Riefler seinem früheren Meister Franz Behrens vom „Reichsverband vaterländischer Arbeitnehmer“ recht schweren Kummer noch insofern bereitet, als er diesem auch auf dem Gebiete der Propaganda durch die Dorfspiegelung erfolgreicher Stellenvermittlung ebenso schmutzige Konkurrenz zu bereiten sich bemüht. Riefler hat seine „Stellenvermittlung“ in eine Berliner „Herberge zur Heimat“ verlegt. — Diese Herberge dient gleichzeitig auch als Tagungslokal einer gleichzeitig aufgezogenen „Fachgruppe Gärtnerei, Landschaft, Friedhof“ im Märkischen Landarbeiterbund. Also die gleiche gelbe Gesellschaft, in der einer des anderen, Arbeitgeber und -nehmer, ebenbürtig und würdig ist.

## Gartenbauernkrieg gegen die öffentliche Hand

Der Kriegsschauplatz im Kampf um die städtischen Betriebe ist zurzeit in die Parlamente der Städte und Gemeinden verlegt, an die „Kleine Anfragen“ und große Anträge gerichtet werden. Mit dem erstgenannten Mittel versucht die Wirtschaftspartei ihr Heil in Essen, indem sie den Oberbürgermeister fragte, ob er bereit sei, städtische Betriebe, wie Gärtnerei, Druckerei, Fuhrwesen sowie die Schlächtereier in den Krankenhäusern aufzuheben und die Arbeiten dem privaten Gewerbe zu übertragen. Der Befragte erklärte dazu, daß er immer die Interessen des Mittelstandes wahrgenommen habe, aber er verwies darauf, das Gärtnereigewerbe habe stets anerkennen müssen, daß durch die außerordentlich guten Leistungen des städtischen Gartenamtes auch der Umfah der privaten Betriebe sich gesteigert habe. — Nachdem noch der Redner der SPD. den schlimmsten Lohndruck der Handelsgärtner und ihre unerhörte Lehrlingszüchtereier gebührend gegeißelt hatte, waren die Anfrager ganz klein geworden.

In Magdeburg ging die „Rechtsfraktion“ mit dem schwereren Gefühl eines Antrages auf planmäßigen Abbau der städtischen Gärtnerei vor. Der Aerger über die glückliche Abwehr durch den zuständigen Stadtrat wird in der Rechtspresse als „erstaunliche Darstellung“ und als „konservative Reaktion“ zum Ausdruck gebracht. SPD. und KPD. stimmten hier als Mehrheit geschlossen gegen die wirkliche Reaktion.

## Blumengeschäfte

Reichstaxi wieder allgemeinverbindlich. Dem gegen die Allgemeinverbindlichkeit des Reichstaxi für Blumengeschäfte gerichteten Einspruch der städtischen Fachkammer für Gartenbau ist der Erfolg versagt geblieben. Das Reichsarbeitsministerium hat die scheinbare Begründung und die in diesem Falle besonders durchsichtigen Motive der Fachkammer offenbar durchschaut und einmal richtig gewertet, indem es ohne die sonst üblichen nachmaligen Verhandlungen sich dahin entschieden hat, die Verbindlichkeit zu erklären. Diese erstreckt sich auch auf den Mindestlohntarif in der Fassung der gemäß Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durch den Schlichter erfolgten Festsetzung und gilt ab 1. Februar 1932. Die Eintragung ins Tarifregister geschah auf Blatt 10 279 Nr. 13.